Juni 2026
Nr.4

Freie Demokraten FDP

Kreisverband Wilhelmshaven



Newsletter der FDP Wilhelmshaven

IN DIESER AUSGABE

Platte statt Pleite	1
Bürokratieabbau 1	2
Bürokratieabbau 2	2
Bürokratieabbau 3	3
Wochenmärkte	3
Brandschutz Theater	4
WZ	4
Erster Stadtrat	4
Wilhelmshavener Dialog	5
Sparpotential	5
Verantwortung	5

Lieber Platte statt Pleite

Schon wieder Krankenhaus? Muss sein!
In einer internen Veranstaltung bekannte OB Feist, dass Wilhelmshaven bisher ca. 100 Mio. Euro für das operative Geschäft des Klinikums ausgeben musste, d.h. auf diese Weise die Insolvenz verhinderte. Dennoch war er sich nicht zu schade, in der jüngsten - außerordentlichen - Ratssitzung auf die erneute Forderung der FDP (Thomas Lehmann), endlich die Privatisierung einzuleiten, zu sagen, dass dies die „Schallplatte“ der FDP sei und man sich im Land umschauen solle, es gäbe mehr als 100 Insolvenzen! Ja, allerdings nicht bei den „Privaten“! Sondern bei den schlecht geführten und darum mit Millionen von Euro gepäppelten kommunalen Häusern.
Millionen, die die kirchlichen und freigemeinnützigen Häuser nicht haben, weshalb diese nun die Schieflage und unlautere Konkurrenz beklagen. Zurecht!
Hier geht das Gewürge jedenfalls weiter: die nächste Sondersitzung des Rates steht bevor, weil die Dilettanten der Landesregierung nicht in der Lage waren, die Frage eindeutig und rechtssicher zu klären, wie es mit den einst gewährten Fördergeldern für das „neue“ Klinikum weiter gehen solle. Egal wie: Millionen von Steuergeldern sind versenkt worden und werden nie wieder auftauchen, endlose Zeit und Manpower sind letztlich nutzlos verplempert worden, ein gemeinsames Klinikum mit Friesland ist in weiter Ferne. Stattdessen wird dort - vor der Kommunalwahl! - mit allerhand unseriösen Plänen betreffend das Krankenhaus Varel herumhantiert. Und was sagt die dortige neue Betriebsratsvorsitzende: man schätze „die Sicherheit eines öffentlichen Trägers“! Wie beschränkt muss man sein?
Und der Landrat? Setzt sich ab in den Gemeinderat Wangerland!

Landauf, landab: kein Tag vergeht, an dem nicht der Bürokratieabbau beschworen wird. Zu spüren ist davon nichts - oder doch?
Ja, hier in Wilhelmshaven!

Bürokratieabbau 1

Die Verwaltung hat dem Rat eine neue „Marktordnung“ (für die Wochenmärkte) vorgeschlagen.
Darin wird u.a. geregelt:

- Marktbeschicker dürfen ihre Kisten maximal 1,6 m hoch stapeln!
- Vordächer an den Ständen müssen mindestens 2,20 m hoch sein (schafft wohl niemand!)
- Kriegsspielzeug darf nicht verkauft werden
- die Beschicker müssen Schnee und Eis wegräumen (hat die Stadt in diesem Winter selbst natürlich nicht gemacht!)
- tätige Personen müssen sich mit einem „amtlichen Lichtbilddokument“ ausweisen
- erlaubte Waren sind im Einzelnen ausgewiesen
- „Der Gesamteindruck eines Wochenmarktes muss gewährt bleiben“ (Wie der auszusehen hat, weiß die Behörde natürlich - wer sonst!)
- ein „ausgewogenes Angebot“ soll gewährleistet sein, deswegen kann die Anzahl der Stände seitens der Behörde beschränkt werden - klar: auch dieses „ausgewogene Angebot“ ist den Bürositzern völlig klar.
- Beschicker können ausgeschlossen werden, die die „erforderliche Zuverlässigkeit“ nicht besitzen. Hoffentlich haben die Bürohengste eine solche!
- „Markterfahrung“ ist ein Auswahlkriterium (also sind Neulinge gleich mal ausgeschlossen)
- Wenn der Verursacher einer Beschädigung, z.B. von Stromkästen, nicht ermittelt werden kann, sollen alle Marktbeschicker gemeinschaftliche haften! (zurück zur Sippenhaft!)
- „Kennzeichen oder Propagandamittel“ gemäß den einschlägigen Strafrechtsparagraphen dürfen nicht „getragen oder angeboten“ werden.
- Diese und weitere umfassende Regelungen werden bei Zuwiderhandlungen mit bis zu 5000 Euro Bußgeld bedroht!

Übrigens ist der Beschlussvorschlag inzwischen sang- und klanglos aus dem Ratsinformationssystem verschwunden!

Bürokratieabbau 2

Die Verwaltung hat dem Rat eine „Wahlwerbesatzung“ vorgeschlagen, bisher wurden die Wahlkämpfer mit einer Fülle von schriftlich übermittelten unsinnigen Auflagen überzogen. Diese finden sich jetzt in dieser Satzung.

- Da die „öffentlichen“ Straßen für den Wahlkampf genutzt werden sollen, erfolgt zunächst eine Definition von Straßen. Dazu gehört auch:
  - der „Straßenunterbau“
  - Entwässerungsanlagen
  - Luftraum über dem Straßenkörper
  - auch „Zubehör“, nämlich: Abfallbehälter und Bewuchs
- „Masten und Lichtmasten werden als gleiche Objekte im Sinne dieser Satzung behandelt“
- Es dürfen max. 3 Plakate pro Mast angebracht werden (frühere Begründung: könnten das Fundament der Masten in Gefahr bringen - ein Kunststoffplakat wiegt ca. 200 gr.!)
- Nur jeder dritte Lichtmast darf genutzt werden (von allen? Von wo an? Warum überhaupt?)
- Am Wahltag darf vor Wahlräumen keine „Diskussion“ stattfinden!
- Plakate dürfen im Umkreis von 100 m vor Schulen und öff. Gebäuden nicht angebracht werden. Klar: Schüler müssen vor Parteien geschützt werden!
- Plakate dürfen keine „scharfen Kanten“ haben
- „Plakate an Lichtmasten dürfen nur einer Höhe von mindestens 4,50 m in die Fahrbahn hereinragen“ . (Steht da so, habe ich auch nach dem 5. Lesen nicht verstanden)
- An Infoständen
  - darf keine „übermäßige“ Beschallung stattfinden
  - darf nicht mit mehreren Personen auf einen Bürger zugegangen werden
  - nach „erstmaliger Ansprache“ und fehlender Reaktion darf der Bürger nicht weiter „bedrängt“(!) werden
  - der Infostand darf nicht mehr als 5 m im Radius verlassen werden
- Bei der Genehmigungsanforderung von Plakaten muss
  - der „Inhalt“ mitgeteilt werden (!)
  - eine Haftungserklärung abgegeben werden
  - eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen sein
  - eine Skizze des Standes in „Draufsicht“ übermittelt werden und die benötige Fläche
  - Plakate dürfen nicht gegen die „guten Sitten“ verstoßen oder „Sucht“ fördern!

Auch diese Satzung ist aus dem RIS verschwunden!!



Übertragung der Ratssitzungen ab sofort bei Radio-Jade bzw. YouTube - und dann auf der Seite der Stadt (Audio-Übertragung von Ratssitzungen (wilhelmshaven.de)) Achtung: 6 Liter Kaffee nötig!

Bürokratieabbau 3

Das Land Niedersachsen unter rot-grün hat eine sog. „Akzeptanzabgabe“ (NWindPVBetG) für Windenergie- und Photovoltaikanlagen ermöglicht. Die Stadt setzt dieses Gesetz jetzt in örtliches Recht um.
Dazu gibt es vom Umweltministerium nicht weniger als 90 „FAQs“! Häufig gestellte Fragen und Antworten zu dem Niedersächsischen Bürgerbeteiligungsgesetz (NWindPVBetG) | Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Nun gibt es den Entwurf einer städtischen „Richtlinie“ von 5 Seiten mit 9 Paragraphen, jeweils mit bis zu 7 Absätzen und weiteren Unterpunkten

Die Richtlinie beschreibt nun im Einzelnen, woher die Mittel kommen, wie sie verwendet werden dürfen und wie nicht, wie das Verfahren der Mittelverteilung ist etc. etc. (138771).
Der Aufwand wird erheblich sein und die Verwaltung wird weiter belastet, Streit ist vorprogrammiert.

Belastet werden ja die Betreiber der Anlagen.
Oder doch nicht?
Nein, sie können ihre Ausgaben durch die „Akzeptanzabgabe“ von den Netzbetreibern zurückfordern. Also bezahlen alle Stromkunden diesen Irrsinn!

Übrigens: sollte man nicht auch Anwohnern von Straßen, Eisenbahntrassen, Häfen (Nebelhorn! Möwen!) und Kinderspielplätzen eine solche „Akzeptanzabgabe“ gönnen? „Gerechtigkeit“ für alle!!

Wochenmärkte - quo vadis?

In der oben Beschlussvorlage für die Wochenmärkte findet sich auch ein Passus zur Aufhebung eines früheren Ratsbeschlusses, nämlich die „Marktgilde e.G.“ mit der Organisation der Wochenmärkte zu beauftragen. Das ist unser seit Jahren vorgetragener Vorschlag! Den hatte die Verwaltung im Rahmen eines „Haushaltssicherungskonzepts“ aufgegriffen und der Rat hat dies beschlossen. Allerdings ist nie was draus geworden - warum? Angeblich - so die Vorlage - gibt es „steuerliche“ und „vergaberechtliche“ Hindernisse!
Ja, wie machen das denn die zahlreichen Standorte (auch in Niedersachen), die die Marktgilde bei sich agieren lassen?
Wir haben ausführlich mit der Marktgilde gesprochen: „steuerliche“ Hindernisse gibt es nicht. Aber klar: die Sache muss zunächst öffentlich ausgeschrieben werden - das ist aber kein echtes Problem!
Was macht die Marktgilde besser?
Sie kümmert sich um mehr und breiteres Angebot, sie bedient die Sozialen Medien, um auch junge Kundschaft anzuziehen, sie inszeniert „Events“ etc.
Lauter Sachen, die die Stadt nicht hinbekommt, dafür aber die Gebühren um 53% erhöhen will!
Dazu will sie: nur noch Wochenmärkte am Rathaus und in F‘groden!
Die übrigen (Altengroden, Voslapp, Börsenplatz, Wiesenhof) sollen nurmehr als „Sondernutzung“ weiter bestehen. D.h. die Marktbeschicker müssen sich um alles selbst kümmern, eine Reinigung der Plätze findet durch die Stadt findet nicht mehr statt.

Brandschutz Theater

Tolle Leistung unserer Verwaltung! Schon 2024 wurden am Stadttheater Mängel im Bereich Brandschutz festgestellt. Offenbar keine Maßnahmen!
Außerdem fanden von August 22 bis März 23 umfangreiche Sanierungen am Theater statt, so dass die Aufführungen im sog. „Provisorium“ (Hagebaumarkt) stattfanden.
Warum wurde dies nicht genutzt, um auch den Brandschutz etc. umfangreich zu prüfen und ggf. zu sanieren?
Jetzt also: 6 zusätzliche Feuerwehrleute und ein Löschwasserwagen bei jeder Vorstellung! Wer zahlt das? Wahrscheinlich die Landesbühne!
Und was ist bei Proben und sonstigen Veranstaltungen im Theater? Keine zusätzliche Feuerwehr nötig?
Gönnen wir dies alles unserer Feuerwehr:

- zwei neue Rettungswagen (8 weitere Feuerwehrleute)
- x Fahrzeuge im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramm
- ein weiteres Gebäude an der erst vor wenigen Jahren fertiggestellten Feuerwache 2 in F‘groden.
- Aufgabe der gemeinsamen Leitstelle mit dem Lk. Friesland - können wir sicherlich allein besser und billiger!

WZ

Manche haben sie noch, viele, die man fragt, schon länger nicht mehr.
Warum? Immer mehr „Gedöns“ (Gerhard Schröder), immer weniger Information über Politik und Vorgänge in Rat, Ausschüssen und Verwaltung.
Sie vermissen - sofern Sie die WZ noch haben - Pressemitteilungen und Diskussionsbeiträge der Parteien - z.B. der FDP? Wir auch!
Angeblich ist ja die Lokalpresse so außerordentlich wichtig, um die Bürger „objektiv“ mit großem Rechercheaufwand gut zu informieren. Das konnte man erst kürzlich im Rahmen des Tages des Lokaljournalismus (5. Mai) wieder allerorten hören. Sehen kann man davon allerdings immer weniger.
Dieses Blatt wird seinem Auftrag nicht mehr gerecht, stattdessen produziert man sog. Klartext-Gespräche.

Dafür soll man 24 Euro bezahlen - immerhin gibt es sie einige Tage später kostenlos auf Youtube. Allerdings: lohnt sich bisher nicht, langweiliger als zwischen OB Feist und Landrat Ambrosy unter der Moderation u.a. vom ehemaligen Geschäftsführer der WTF, Michael Diers, geht es kaum. Nur die Aussage von Feist hatte an einer Stelle Unterhaltungswert und wurde anschließend im Rat breit diskutiert.

Wie sollen sich Bürger, die noch die WZ lesen(?), über die Meinungen und Haltungen der Parteien informieren und sich bei der anstehenden Kommunalwahl orientieren, wenn ihnen wichtige Aussagen vorenthalten werden? Bei einer noch niedrigeren Wahlbeteiligung ist dann das Geschrei der Kommentatoren wieder groß!
Verantwortung als „Vierte Gewalt“? Verfehlt!

Erster Stadtrat

Es wurde schon öffentlich mitgeteilt: der bisherige 1.Stadtrat, Armin Schönfelder, ist schwer erkrankt. Erfreulicher Weise aber inzwischen nahezu vollkommen wieder hergestellt - Glückwunsch!

Seine offizielle Dienstzeit nach 8 Jahren endet am 1.7. Wie soll es weiter gehen?
Die Verwaltung schlägt dem Rat vor, derzeit auf die gesetzlich vorgeschriebene Ausschreibung zu verzichten und erst nach der Kommunal- und OB-Wahl vorzunehmen. Begründet wird dies damit, dass der zukünftige OB sich „einen Überblick über die Verwaltung und die damit verbundene Verwaltungsstruktur“ verschaffen könne. Er werde dann „zeitnah“ einen Kandidaten vorschlagen.
Das ist mehr als schwammig und kann Wochen oder gar Monate nach der Wahl dauern.
Darüber hinaus aber ist gesetzlich vorgeschrieben, dass der OB einen „ständigen Vertreter“ hat. Das könnte vorübergehend einer der anderen Dezernenten sein oder ein sonstiger Mitarbeiter.
Noch wichtiger aber: im „Leitungsgremium“ muss es eine Person mit der Befähigung zum Richteramt geben, gleichzusetzen mit eine Volljuristen! Im derzeitigen „Leitungsgremium“ gibt es jedoch eine solche Person nicht, so dass die Ausschreibung zwingend und sofort erfolgen muss.
So weit wir wissen: der Rat wird genau das wollen und die unsinnige und gesetzwidrige Vorlage der Verwaltung ablehnen.
Das wäre dann die dritte in der jüngsten Zeit. Wie sagen die Gewerkschaften? „Gutes Geld für gute Arbeit“ - aber an letzterer fehlt es!

Wilhelmshavener Dialog

Ein sog. Netzwerk - gesteuert von der Polizei - soll etabliert werden, Auftaktveranstaltung in der Nordfrost-Arena mit einem Fußballspiel. Hochmögende Unterstützer aus vielen gesellschaftlichen Kreisen haben ihre Zusage gegeben, mitzuwirken.
„Bewusst“ (das wollen wir doch hoffen!) habe man auf die Beteiligung „der Politik“ verzichtet, angeblich um „radikale Akteure“ fernzuhalten.
Sehr seltsam! Offenbar werden politische Kräfte entweder als unbedeutend für einen Dialog eingeschätzt oder sie neigen pauschal zur Radikalität!
Das erinnert an die oftmals geäußerte Überzeugung, bestimmte Themen solle man aus „dem Wahlkampf“ heraushalten! Einen größeren Unsinn kann es wohl kaum geben, denn bei Wahlen - und damit im Wahlkampf - entscheiden die Bürger schließlich über Wohl und Wehe des Landes und sollten dann ja sicherlich auch über alle - auch strittige und komplizierte - Themen informiert werden - von allen!
Ebenso wichtig wäre es also, wenn man einen Dialog über wichtige Themen führen will, dass man die politischen Entscheider einlädt!
Ob dabei sog. radikale Ansichten geäußert werden, würde man sehen. Und da sie nun einmal in der Gesellschaft existieren, verschwinden sie nicht, indem man eine Diskussion darüber gar nicht erst zulässt.
Schaut man auf die Homepage der Aktion, sieht man zwar nette und überwiegend bekannte Gesichter als Unterstützer, aber die angekündigten Aktionen und Maßnahmen sind an Dürftigkeit kaum zu überbieten: „Sozialpsychiatrische Filmtage“ (altes Format) und „Dein Wort zählt“ im „Soziales Wilhelmshaus“ (umstrittenes und teures Projekt). Interessant: dort soll u.a. diskutiert werden: „Was hat Politik mit meinem Alltag zu tun?“ Super! Ohne Politiker!!
Nun haben wir also neben dem wahrscheinlich auch überflüssigen Präventionsrat noch eine Organisation, die viel Wind macht, aber wenig bewirken wird.

Dialog ist immer gut - wichtiger wäre, die Ursachen von Krisen und Missständen zu ermitteln und dann politisch darauf zu reagieren.

Sparpotential

Andere Kommunen machen es längst nicht mehr, hier geht es nach altem Brauch: die mindestens zwei mal jährliche Bepflanzung von Beeten im Stadtgebiet durch TBW. Zudem werden die Pflanzen auch noch in eigenen Gewächshäusern gezogen! Kostet alles viel Geld und Personal - kann sein, dass sich mancher an der Pflanzenpracht erfreut, aber hier gibt es einen erhebliches Sparpotential. Was machen andere? Sie bepflanzen die Beete mit Stauden, die höchstens zweimal im Jahr einer kurzen Pflege bedürfen und dennoch gut aussehen.

Verantwortung!

Jeder hat es x-mal gehört: die Natur steht unter Druck, die Biodiversität schwindet, die roten Listen werden immer länger, Insekten- und Vogelsterben sind keine Propaganda umweltbewegter Alarmisten. Muss man die Gegenmaßnahmen dem Staat überlassen? Ist natürlich bequemer, der soll ja sowieso alles regeln.
Aber der Einzelne kann auch was tun, genau hier in Wilhelmshaven. Fünf Vorschläge:

- Mähroboter abschaffen, nicht nur nachts nicht laufen lassen! Warum soll ein Rasen immer kurz geschnitten und alle Blumen vernichtet werden?
- Alle „Schottergärten“ sofort in ansehnliches Grün verwandeln und damit die überall wachsende Hässlichkeit beseitigen (Übrigens: nach § 9 der Niedersächsischen Bauordnung sind sie sowieso verboten!)
- Nicht immer weiter auf den privaten (und kommunalen!) Grundstücken versiegeln, sondern konsequent entsiegeln - der Wasserhaushalt dankt es!
- Das „Mai-Mähen“ vermeiden! Gerade in dieser Zeit blühen wertvolle Pflanzen und die werden von Insekten dringend gebraucht.
- Auf großflächigen Firmengrundstücken wird alles kurz gehalten - lasst doch mal was für die Natur stehen!

Impressum:
FDP-Kreisverband Wilhelmshaven. Michael von Teichman, Am Neuender Busch 19, 26386 Wilhelmshaven.
Bildnachweis:
Seite 1: Wikipedia, Von Matthias Süßen - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=93996450
Seite 3:Von Christian A. Schröder (ChristianSchd) - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=42811621